

Beschluss des Landesausschusses der CDU Hamburg am 05.10.2016

Landwirtschaft in Hamburg stärken – Regionale Lebensmittelproduktion sichern

Rund ein Fünftel der Fläche Hamburgs wird landwirtschaftlich genutzt. Mehr als 800 Betriebe, ihre Eigentümer und ihre Angestellten, produzieren hier Produkte für die Metropolregion und darüber hinaus. Sie pflegen auch die der Naherholung dienenden Kulturlandschaften in und um unsere Stadt. Damit leistet die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag für Hamburg.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die CDU Hamburg dafür aus, die Realität der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion wieder stärker in die städtische Gesellschaft zu tragen. Unter dem Gesichtspunkten von Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz werden aktuell bereits diverse Diskurse geführt, die jedoch selten einen der nachhaltigsten Wirtschaftssektoren Deutschlands thematisieren: die Landwirtschaft. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordern wir:

1. Im Dialog zwischen Urproduzenten, verarbeitenden Betrieben, Lebensmitteleinzelhandel und Verbrauchern müssen die gesellschaftlichen Vorstellungen von Nutztierhaltung synchronisiert werden. Panikmache ist hier ebenso wenig angebracht wie unreflektierter Konsum. Beispielhaftes Engagement wie die „Initiative Tierwohl“ des Deutschen Bauernverbandes müssen stärker unterstützt und beworben werden. Weitere Transparenzvorstöße seitens der Landwirte sind zu begrüßen.
2. Die Digitalisierung ist längst auch in der Landwirtschaft angekommen. Damit dieser Querschnittstrend seine Wirkung aber voll entfalten kann, braucht es mehr Förderung. Hier sind insbesondere Wege des direkten Vertriebs durch Bauern zu unterstützen. So wird der direkte Bezug zur städtischen Gesellschaft ebenso gefördert wie die regionale Produktion.
3. Alle Lebensmittel müssen kompromisslos gekennzeichnet werden. Dies gilt sowohl für Herkunftsangaben bei tierischen Produkten als auch für weiterverarbeitete Produkte. Der mündige Verbraucher kann nur durch Transparenz und Aufklärung überzeugt werden. Hier ist auch vermehrt auf die Verwendung von QR-Codes zu setzen, um die Informationen auch abseits des limitierten Platzes auf Verpackungen zur Verfügung zu stellen.
4. Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind gleichrangig zu unterstützen. Angesichts globaler Trends wie Überbevölkerung und Flächenschwund darf nicht weiter der Irrglaube

verbreitet werden, dass ökologische Produktion die einzig ethisch vertretbare Zukunft der Landwirtschaft darstellt.

5. Auch die ergebnisoffene Forschung auf den Gebieten der grünen Gentechnik und zur Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika muss fortgesetzt werden. Ziel muss es sein, bestmöglich die Risiken und Chancen für Mensch und Umwelt zu verstehen. Nur so können konkrete Einsatzmöglichkeiten realistisch bewertet werden. Parallel muss diese Forschung aber auch mit einem Höchstmaß an Transparenz und Aufklärung gegenüber den Verbrauchern erfolgen. Gerade weil es sich um kontroverse Themen handelt, braucht es handfeste, wissenschaftliche Ergebnisse und keine grünen Angstdiskurse.
6. Die Errichtung neuer, moderner Ställe zur Nutztierhaltung mit hohen Standards muss ermöglicht werden. Dies ist einer der wichtigsten Wege, die Tiergesundheit weiter zu verbessern. Der bislang bekannte Entwurf des Bundesumweltministeriums engt Hamburger Betriebe zu sehr ein und ist entsprechend zu überarbeiten.
7. Auch das Angebot besonders gekennzeichnete Tierwohlprodukte ist zu begrüßen und zu befördern.
8. In der Umweltpolitik muss kooperativer Umwelt- und Naturschutz Vorrang haben. Die Landwirtschaft leistet einen großen Beitrag zum Klimaschutz und hat als Lebensmittelerzeuger eine Sonderrolle, die in der Klimapolitik anerkannt werden muss.
9. Unverändert stehen die Betriebe unter hohem Preisdruck. Die Position der Erzeuger in der Lebensmittelkette muss gestärkt werden und eine praxisgerechte Ausgestaltung des Mindestlohns endlich erfolgen. Nur so können die Wettbewerbsfähigkeit gesichert und die Betriebe gestärkt werden.
10. Die „Agrarbürokratie“ ist mit dem Ziel zu „durchforsten“, die Betriebe und die Verwaltung finanziell zu entlasten. Die elektronische Antragsstellung muss weiter ausgebaut werden.
11. Die Hamburger Wirtschaftsbehörde (Abteilung Landwirtschaft) ist den Anforderungen gemäß so aufzustellen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe Hamburgs bestmöglich in wirtschaftlichen Fragen unterstützt werden.
12. Der Hamburger Senat hat Sorge dafür zu tragen, dass die Landwirtschaft in Hamburg weiter eine Zukunftsperspektive hat. Dies gilt auch im direkten Wettbewerb mit den benachbarten Bundesländern. Bundes- und europarechtliche Herausforderungen sollten von den norddeutschen Bundesländern gemeinsam und zeitgleich angegangen werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten Hamburgs zu vermeiden. Weiterhin ist zu prüfen, inwiefern finanzielle Beihilfen für Betriebsgebäude Hamburger Landwirten gegeben werden können.
13. Weiterhin muss Hamburgs Senat anerkennen, dass die Hamburger Landwirtschaft auf Grund einer hohen Verwaltungsdichte weit mehr kontrolliert wird als im Bundesdurchschnitt. Die

Betriebe sind durch die Kleinteiligkeit der Flächen darauf angewiesen, besonders wirtschaftlich zu arbeiten. Der ständige Rechtfertigungsdruck ist dabei eine zusätzliche Belastung.

14. Die pflegerische Leistung zum Erhalt der Hamburgischen Kulturlandschaft durch die Landwirte verdient eine besondere Anerkennung, denn diese Arbeit dient allen Bürgern und Besuchern unserer Stadt. Der Erholungswert in gepflegten Kulturlandschaften ist ein hohes Gut.

Darüber hinaus möge sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion dafür einsetzen, dass insbesondere die intensive Landwirtschaft in Hamburg weiterhin Unterstützung findet. Diese traditionellen, meist familiär geprägten, kleinteiligen Betriebe sind Garanten einer nachhaltigen Landwirtschaft, regionaler Produktion für die Hamburger Verbraucher und Bewahrer einiger der schönsten Landschaften unserer Stadt.

Begründung

Im Alltag einer der größten deutschen Städte spielt die Landwirtschaft nur sehr selten eine wahrnehmbare Rolle. Natürlich begegnen uns an jeder Ecke ihre Erzeugnisse, sei es im Supermarkt, Kiosk, Restaurant oder in der Lieferbox vom Lebensmittelversand. Andererseits reflektieren wir nur selten die Zusammenhänge zwischen diesem reichhaltigen Angebot und der Realität landwirtschaftlicher Arbeit.

Das Interesse an Themen wie Ernährung, Umwelt- und Tierschutz ist zwar ungebrochen, doch geht das Wissen über sachgerechten Umgang mit Nutztieren und Pflanzen in der modernen Gesellschaft stetig zurück. Wenn Landwirte heutzutage medial wahrgenommen werden, dann pendelt diese Wahrnehmung oft zwischen den Extremen. Einerseits ist jedes schwarze Schaf unter den Erzeugern für den nächsten Lebensmittelskandal gut, andererseits prägen idyllische Geschichten und Werbefotos unser Bild. Die tagtägliche Realität der Landwirte kennt kaum noch jemand. Direkte Kontakte zu Landwirten oder eigene Erfahrungen sind selten geworden. Entsprechend herrscht mittlerweile ein anonymes Verhältnis, geprägt durch wenig Vertrauen zu unseren Lebensmittelproduzenten.

Dabei wird die Landwirtschaft in Deutschland nach wie vor primär von bäuerlichen Familienunternehmen bestimmt. Das Wirtschaften dieser Bauern für ihren Betrieb ist über die Generationen hinweg geprägt von wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Verantwortung und damit im besten Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Wer seit Generationen in der Region tätig ist, hat sich nicht nur dem Profit verpflichtet, sondern hat auch einen Ruf zu verlieren. Regional produzierte Lebensmittel sind also ein wichtiger Weg zurück zu mehr Vertrauen zwischen Verbrauchern und Lebensmittelproduzenten.

Der regionale Vertrieb ist heutzutage auch mit dem Querschnittsthema Digitalisierung verknüpft. Sei es der Milchproduzent, der online seine Vorzugsmilch als Abo anbietet oder die zunehmende Informationsdichte für Verbraucher, die online und per QR-Code abrufbar wird. Die ländlichen

Produktionsräume können wieder näher an die städtischen Konsumenten rücken. Hier müssen die Hamburger Landwirte mit der Zeit gehen. Gerade diese Gruppe kann größte Vorteile durch eine frühe Adaption digitaler Möglichkeiten für sich sichern. Hierzu müssen aber auch entsprechende Regelungsrahmen geschaffen werden.

Das mangelnde Vertrauen der Verbraucher hat sich in den vergangenen Jahren besonders im anhaltenden „Bio-Trend“ niedergeschlagen. Das Vertrauen wanderte weg vom anonymisierten Erzeuger, hin zu den Prüf- und Gütesiegeln, welche die eigene Beurteilung substituieren. Grundsätzlich kann die landwirtschaftliche Produktion nach Bio-Richtlinien auch durchaus sinnvoll und wünschenswert sein. Trotzdem muss auch der Wert der konventionellen Landwirtschaft anerkannt werden. Insbesondere staatliche Förderungen müssen diese Gleichwertigkeit anerkennen und entsprechend gerecht unterstützen. Gerade angesichts des steigenden, globalen Bedarfs an Lebensmitteln, darf nicht nur auf Bio gesetzt werden. Nach wie vor ist die konventionelle Landwirtschaft die deutlich effizientere und günstigere Möglichkeit, große Mengen an Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen.

Um die weiter wachsende Bevölkerung auch in Zukunft ernähren zu können, muss die grüne Gentechnik weiter ergebnisoffen erforscht werden dürfen. Die Fortführung dieser Forschung sichert die Versorgung der Ballungszentren ebenso wie die Ernährung in den ärmsten Regionen dieser Welt. Diese Potentiale dürfen nicht aus Sorge um die Meinung von Aktivisten ungenutzt bleiben. Deshalb liegt es gerade in der Verantwortung der wohlhabenden Gesellschaften, Alternativen zu erforschen und zu bereitzustellen.

Auch in Bezug auf die Nutzung von Antibiotika bei Nutztieren ist mehr Forschung nötig. Nur die vollständige Erforschung aller Vor- und Nachteile dieser Behandlungen ebenso wie über die notwendig zu verabreichenden Mengen, kann wirklich sinnvolle Entscheidungen ermöglichen. Grundsätzlich ist hierbei der Verbraucherschutz ebenso in Rechnung zu stellen, wie das Wohl der Tiere. Um beides zu befördern, ist auch zukünftig der Bau moderner Ställe zu ermöglichen. Nur so können aktuelle, wissenschaftliche Erkenntnisse auch in der landwirtschaftlichen Praxis zur Anwendung kommen. Landwirte, die sich in besonderem Maße für das Wohl ihrer Tiere einsetzen, sollten eine entsprechende Anerkennung bekommen, welche auch in Richtung der Verbraucher zu kommunizieren ist. So können sich Investitionen in das Tierwohl auch wirtschaftlich lohnen und die marktwirtschaftlichen Prozesse werden den Tierschutz befördern.

Auch Umwelt- und Klimaschutz müssen verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den Landwirten setzen. Diese Abstimmung ist in jedem Fall dem harten Eingriff durch Regelungen und Vorgaben vorzuziehen. Gerade der Ackerbau leistet bereits seit Langem große Beiträge zum Klimaschutz. Beispielhaft zu nennen sind hier die Biogasanlagen, welche mittlerweile vielerorts wichtige Energielieferanten sind. Trotz aller guten Absichten können viele Bereiche der Landwirtschaft, beispielsweise die Nutztierhaltung, nicht klimaneutral ausgestaltet werden. Natürlich müssen hier

trotzdem weitere Bemühungen angeschoben werden, um die Bilanzen zu verbessern. Am Ende muss aber auch die besondere Rolle der Lebensmittelerzeugung anerkannt werden. Hierbei handelt es sich nicht um einen „normalen“ Wirtschaftszweig, der gewinnorientiert Luxusbedürfnisse befriedigt, sondern um die Grundlage unserer Existenz.

Schließlich ist auch in Bezug auf den direkten, staatlichen Rahmen der Landwirtschaft Nachbesserungsbedarf vorhanden. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft wird häufig verkannt. Die Urproduktion hat nur einen Anteil von ungefähr zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Auf ihr basiert aber direkt die Ernährungsindustrie, denn nur die wenigsten landwirtschaftlichen Produkte landen ohne Weiterverarbeitung beim Verbraucher. Die Ernährungsindustrie wiederum ist die viertgrößte Branche in Deutschland. Um dieses Ungleichgewicht wenigstens etwas auszugleichen, müssen die Bauern stärker unterstützt werden. Hierzu ist einerseits die Ausgestaltung des Mindestlohns in diesem Bereich dringend an die realen Möglichkeiten anzupassen. Andererseits müssen Berichts- und Antragspflichten endlich auf den Prüfstand kommen.

In der Agrarbürokratie geht nach wie vor zu viel Arbeitskraft verloren. Dies gilt sowohl für die Betriebe, als auch für die Behörden selbst. In diesem Sinne ist auch dringend die verstärkte Implementierung von E-Government-Ansätzen zu prüfen. Digitale Anträge und Behördenkontakte sparen Zeit, welche gerade bei den selbstständigen Landwirten bares Geld ist.

Weiterer Weg: CDU-Bürgerschaftsfraktion